

Antrag der SPD-Fraktion vom 2. September 2013 betr. Resolution "Metropolregion FrankfurtRheinMain"



SPD-STADTVERORDNETENFRAKTION

DARMSTADT

Wilhelminenstr. 7a
64283 Darmstadt

Fon: 06151 – 2 79 02 75
Fax: 06151 – 2 79 02 71
info@spdfraktion-da.de
www.spdfraktion-da.de

Sparkasse Darmstadt
BLZ: 508 501 50
Konto: 8006377

Resolution „Metropolregion FrankfurtRheinMain“

Die Stadtverordnetenversammlung der Wissenschaftsstadt Darmstadt solidarisiert sich mit dem Aufruf von Oberbürgermeister Jochen Partsch, den Oberbürgermeistern Peter Feldmann, Sven Gerich, Michael Korwisi, Horst Schneider und Claus Kaminsky sowie den Bürgermeistern Hans-Georg Brum, Karl Heinz Krug, Horst Burghardt, Gisela Stang und Stadtrat Thomas Ebert, Verbandsdirektor Ludger Stüve und der Ersten Beigeordneten Birgit Simon, zur Unterstützung der Metropolregion FrankfurtRheinMain.

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an die Hessische Landesregierung, den Forderungen des Positionspapieres Metropolregion FrankfurtRheinMain nachzukommen.

„Positionspapier Metropolregion FrankfurtRheinMain“

Die Kommunen in der Metropolregion FrankfurtRheinMain stehen vor besonderen Herausforderungen. Die Attraktivität der Region führt zu einem steigenden Zuzug aus anderen Regionen. Die Bevölkerung und die Zahl der Arbeitsplätze in der Region wächst. Die Metropolregion FrankfurtRheinMain steht im Wettbewerb zu anderen Metropolregionen im Inland (München, Rhein-Ruhr, Berlin-Brandenburg, Stuttgart) und Ausland (London u.a.). Die Region FrankfurtRheinMain ist Motor für ganz Hessen. Die Region ist weltoffen, tolerant und international ausgerichtet. Dies zeigt sich auch in europäischen Institutionen wie Europäische Zentralbank (EZB) und Europäische Bankenaufsicht in Frankfurt oder ESA und Eumetsat in Darmstadt, die einen weiteren Zuzug ausländischer Fachkräfte bedingen. Diese wichtige Rolle kann die Region jedoch nur erfüllen, wenn sie auf starken und stabilen Kommunen aufsetzt. Dies ist nur möglich mit einer entsprechenden finanziellen Ausstattung, einer guten Verkehrsinfrastruktur sowie einer sozialen Entwicklung im Wohnungsbau und in der Kinderbetreuung.

Wohnen

Die CDU/FDP-Landesregierung hat den Wohnungsbau in der Metropolregion FrankfurtRheinMain systematisch vernachlässigt. Bis hin zum geplanten Verkauf der Nassauischen Heimstätte hätte sich die Landesregierung aus der sozialen Verantwortung zurückgezogen.

Wohnungspolitik ist Daseinsvorsorge und sichert den sozialen Frieden. Der Zustrom an Bevölkerung in den Ballungsraum lässt sich nur durch eine Ausweitung des Wohnungsbaus bewältigen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es besonderer Anstrengungen im Bereich des geförderten Wohnungsbaus bedarf. Dabei ist auch der Bau von Wohnungen für Einwohner mittleren Einkommens zu fördern, da auch aus diesem Personenkreis sich viele eine Wohnung im Ballungsraum nicht mehr leisten

können. Die Kommunen der Region FrankfurtRheinMain sind hierzu auf die Unterstützung des Landes angewiesen. Die Initiativen der Landtagsfraktionen von und Einbeziehung der Kommunen in Wohnungsbauprojekte) und GRÜNEN (Vorlage eines Hessischen

Wohnraumförderungsgesetz mit dem Schwerpunkt Mietwohnungsbau) werden hierzu ausdrücklich begrüßt. Insbesondere sollen auch genossenschaftlich organisierte Formen des Wohnungsbaus gefördert werden. Ein besonderer Schwerpunkt muss auf die Erhaltung des vorhandenen bezahlbaren Wohnraumes gelegt werden. Wir erwarten deshalb von einer zukünftigen Landesregierung dass unter Rückkehr zu den früher geltenden gesetzlichen Möglichkeiten den Kommunen erneut die rechtliche Möglichkeit in die Hand gegeben wird, gegen Leerstände und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen vorzugehen. Die Kommunen des Ballungsraumes fordern vom Land die Option, die Fehlbelegungsabgabe in ihrer Kommune wieder einzuführen. Dem demografischen Wandel muss die Region durch verstärkte Bemühungen für Mehrgenerationenwohnen begegnen und es bedarf hierzu der weiteren staatlichen Förderung. Ebenso ist ein stärkeres Engagement des Landes bei der Schaffung von Wohnraum für Studierende notwendig, um Hessen als Standort für den wissenschaftlichen Nachwuchs wettbewerbsfähiger zu machen. Auch durch eine engere Zusammenarbeit zwischen den unmittelbar an die Oberzentren grenzenden Städten und dem ländlichen Raum können konkrete Ansätze zur Lösung der Probleme auf dem Wohnungsmarkt gefunden werden.

Kinderbetreuung

Die Politik der CDU/FDP-Landesregierung zur Kinderbetreuung hat keine Klarheit gebracht und die Kommunen weiter belastet. Die konnexitätsbedingten Mehrkosten durch die Mindestverordnung mussten durch die Kommunen eingeklagt werden. Das Betreuungsgeld ist insbesondere für die Eltern im Ballungsraum Rhein-Main keine Lösung, weil es Kinder aus Einrichtungen fernhält, die dieses Angebot der frühkindlichen Bildung brauchen. Für jedes Kind unter sechs Jahren ist eine individuelle und ganztägige Betreuung und Förderung umzusetzen. Damit erfordert der weitere Ausbau der Kinderbetreuung erhebliche Investitionen seitens der Kommunen. Die allgemeine Gebührenfreiheit im Kindergarten analog den Regelungen im Nachbarland Rheinland-Pfalz durch Übernahme der Kosten durch das Land wird ausdrücklich begrüßt. Der weitere Ausbau von echten Ganztageschulen ist insbesondere im Ballungsraum von hoher Bedeutung. Insbesondere im Bereich der Grundschulen kann durch eine solche Bildungsoffensive der Bedarf der Eltern und Kinder antizipiert werden. Da der Einstieg in die Ganztageschule seitens der CDU-geführten Landesregierung jahrelang aus ideologischen Gründen blockiert wurde, haben die Kommunen die Folgen eines wachsenden Betreuungsbedarfs bei Grundschulkindern bisher weitgehend alleine zu tragen. Das Kinderförderungsgesetz in seiner jetzigen Form lehnen wir ab. Wir brauchen mehr Qualität, um den Kindern und Familien einen optimalen Start ins Leben zu ermöglichen.

Verkehr

Hessen ist ein wichtiges Transitland. Hier kreuzen sich die wichtigsten Verkehrsverbindungen von Nord nach Süd und von Ost nach West. Zur Beseitigung der bestehenden Engpässe kommt dem Ausbau der Schieneninfrastruktur zentrale Bedeutung zu. In den letzten 14 Jahren wurde in Hessen kein einziges Projekt zum Ausbau des Schienenfernverkehrs in Angriff genommen.

Dazu sind insbesondere erforderlich der Ausbau bzw. Neubau der ICE-Magistralen Frankfurt-Fulda und Frankfurt-Mannheim, die beide zu den größten Engpässen im deutschen ICE-Netz gehören. Bei der Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim sprechen wir uns für eine Direktanbindung über den Darmstädter Hauptbahnhof aus, da nur so Fernverkehr und Regionalverkehr optimal miteinander vernetzt werden können. Die Leistungsfähigkeit des Frankfurter Hauptbahnhofes und seiner Zulaufstrecken ist durch die Umsetzung der Maßnahmen des Projektes Frankfurt RheinMainPlus zu verbessern.

Die Bedeutung des ÖPNV hat in Hessen unter Verantwortung von CDU und FDP abgenommen. Derzeit gibt es auf Ebene der Landesregierung kein Konzept, wie der ÖPNV in Zukunft die Herausforderungen des Ballungsraums bewältigen soll. Dabei bleibt der ÖPNV wichtigstes Handlungsfeld für die Infrastruktur im Ballungsraum. Der

Zustrom an Menschen und Arbeitsplätzen erfordert weiterhin große Investitionen, um mit dieser Entwicklung Schritt zu halten. Mobilität, die sich allein auf das Auto konzentriert, löst die Probleme nicht.

Dazu ist die Realisierung der Verkehrsprojekte Nordmainische S-Bahn, Ausbau der S6 nach Friedberg, U-Bahn-Anschluss Europaviertel, Verlängerung U2 in Bad Homburg, Regionaltangente West, Stadtbahn Wiesbaden sowie eine verbesserte Anbindung der Region an den Flughafen unverzichtbar.

Für die weitere ÖPNV-Finanzierung ist eine Fortführung der bewährten ÖPNV-Finanzierung über das GVFG unerlässlich. Wir fordern deshalb dringend den Bund auf, für die auslaufende

GVFG-Finanzierung eine Anschlussregelung zu treffen. Ebenso ist sicherzustellen, dass den regionalen und lokalen Verkehrsverbünden originäre Landesmittel zugeführt werden, um diese zu stärken und in ihrer Aufgabenerfüllung zu unterstützen. Bei der Erschließung neuer Baugebiete für Wohnen und Gewerbe muss eine attraktive Erschließung durch ÖPNV und Fahrrad Genehmigungsvoraussetzung werden.

Klima- und Lärmschutz

Eine engagierte Politik zum Schutz unseres Klimas ist in Hessen nicht zu erkennen. Um die Energiewende zu gewährleisten und eine dezentrale Stromversorgung mit erneuerbaren Energien zu schaffen, bedarf es eines wesentlich stärkeren Engagements durch das Land. Wir erwarten das Ende der Blockaden bei der Einführung von Umweltzonen und die Unterstützung von Kommunen bei deren Einrichtung. Innerhalb geschlossener Ortschaften soll den Kommunen ermöglicht werden, die Regelgeschwindigkeit ganz oder teilweise auf 30 km/h festzulegen. Auf Autobahnabschnitten in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten, muss die Luft- und Lärmbelastung durch Tempolimits reduziert werden.

Finanzen

Die CDU/FDP Landesregierung hat seit 1999 die Kommunen stetig ausgeblutet und das Konnexitätsprinzip missachtet. Der Entzug von 344 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich (Basis 2010) war der bislang stärkste Eingriff in die Finanzautonomie der Kommunen.

Der kommunale Finanzausgleich (KFA) muss wieder aufgestockt werden. Ebenso ist die Streichung der Zuweisungen aus der Grunderwerbsteuer an die Kommunen zurückzunehmen. Mit Blick auf den Ballungsraum muss jedoch gelten, dass die dort zu erfüllenden besonderen Herausforderungen auch bei der Finanzausstattung Berücksichtigung finden. Die ursprünglichen Überlegungen des CDU-geführten Hessischen Ministeriums der Finanzen zur Neuordnung des KFA hätten den Ballungsraum überproportional belastet und ihm die dringend benötigten Mittel entzogen. Der Staatsgerichtshof hat in seinem Urteil eindeutig festgestellt, dass die Finanzausstattung der Kommunen durch die Landesregierung nachvollziehbar und gerecht sein muss und deshalb das Finanzausgleichsgesetz für verfassungswidrig erklärt. Diese schallende Ohrfeige muss genutzt werden, um die Finanzausstattung der Kommunen auf eine solide Grundlage zu stellen, die wie vom Staatsgerichtshof gefordert auch noch Spielraum für freiwillige Leistungen lässt. Bei dem nachvollziehbaren Wunsch der Berücksichtigung der Interessen der ländlichen Räume durch Fläche und Ortsteile (SPD) bzw. der Stärkung des ländlichen Raums durch Entzug der überschüssigen Steuerkraft bei den abundanten Kommunen des Ballungsraums (GRÜNE) ist zu beachten, dass eine daraus folgende Schwächung der Region FrankfurtRheinMain auch zu einer Schwächung Hessens insgesamt führen wird.

Die Region nimmt einen immer größeren Teil der Menschen Hessens auf, gibt ihnen Arbeit, Wohnung und Infrastruktur (Bildung, Verkehr, Sport und Kultur). Dies muss auch zukünftig finanziell sichergestellt werden.

Die kommunale Eigenverantwortung ist durch das Recht zur eigenen wirtschaftlichen Betätigung zu stärken. Der §121 HGO bedarf insofern einer Überarbeitung.

Verfasstheit der Region

Der rot-grüne Neuanfang in der Regionalpolitik wird ausdrücklich begrüßt. Wir brauchen eine Landespolitik, die die kommunale Zusammenarbeit stärkt. Wir erwarten auch, dass sich die Verwaltungsstrukturen des Landes an die Menschen anpassen und nicht umgekehrt. Wir wollen uns den Herausforderungen in unseren Städten und Gemeinden stellen, wir wollen gemeinsam den demographischen Wandel und die Energiewende meistern. Die Region wird dazu ein gemeinsam getragenes „Wir-Gefühl“ entwickeln.

Die Region ist mehr als die Großstädte. Wir wollen ein neues Miteinander und vertiefte Abstimmung in den Fragen Wohnungsbau, Energiewende, Mobilität, Kultur und Infrastruktur. Langfristig soll sich die Zusammenarbeit auf die Metropolregion erstrecken.

Darmstadt, 2. September 2013

Dagmar Metzger
Michael Siebel
Katrin Kosub
Moritz Röder
(Stadtverordnete)

Hanno Benz
(Fraktionsvorsitzender)